

**Ausschuss für Inneres und Sport**

(52. - öffentliche - Sitzung am 5. März 2015)

**Beratungsthemen:**

**Außerhalb der Tagesordnung:**

*Der Ausschuss bat um eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung zur Situation der Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehren an der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz.*

*In seiner 48. Sitzung am 5. Februar 2015 war der Ausschuss übereingekommen, der Einladung des Direktors der Polizeiakademie Niedersachsen zu folgen und den Hauptsitz der Akademie in Nienburg zu besichtigen. Als Termin für diesen Besuch nahm er den 21. Mai oder den 9. Juli 2015 in Aussicht.*

*Der Ausschuss nahm ferner in Aussicht, am 11. Juni 2015 die Messe Interschutz in Hannover zu besuchen.*

**Zur Tagesordnung:**

1. **Radikalenerlass - ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Niedersachsens - endlich Kommission zur Aufarbeitung der Schicksale der von Berufsverboten betroffenen Personen einrichten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1491](#)

*(abgesetzt)*

2. **Einsetzung einer Enquetekommission „Zukunftsfähige kommunale Strukturen für Südostniedersachsen“**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/2496](#)

*Der Ausschuss nahm eine Stellungnahme des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes entgegen und setzte die Mitberatung gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT fort. Der Ausschuss kam überein, die Mitberatung nach der Auswertung der Stellungnahme durch die Fraktionen fortzuführen.*

3. **Visafreiheit für türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ermöglichen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1755](#)

*Der Ausschuss setzte die Beratung auf Grundlage eines von allen Fraktionen gemeinsam getragenen Änderungsvorschlags, der als Tischvorlage verteilt worden war, fort. Er empfahl dem Landtag einstimmig, den Antrag in der Fassung dieses Änderungsvorschlags anzunehmen.*

4. **Kein Raum für Islamfeindlichkeit - Erfassung islamfeindlicher Taten verbessern!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/2888](#)

*Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Er bat um eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Sachstand, sowohl aus dem Polizeibereich als auch aus dem Bereich des Verfassungsschutzes. Ferner bat er den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes um eine Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. v. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT zu den ihn betreffenden Aspekten.*

5. **Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/2885](#)

*Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Er bat um eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema. Ferner bat er die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe um eine Stellungnahme nach § 18b Abs. 4 Satz 4 GO LT zu den sie betreffenden Aspekten.*

6. **Mehr Informationen an die Kommunen - Flüchtlingen und Kommunen gleichermaßen helfen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/2898](#)

*Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Er kam überein, die kommunalen Spitzenverbände hierzu um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten. Ferner nahm er in Aussicht, die Beratung dieses Antrags mit der Beratung des Antrags der FDP-Fraktion in Drs. 17/1972 - „Die Sorgen der Kommunen ernst nehmen - Kostendeckung für qualifizierte Asylbetreuungsleistungen sicherstellen“ - zusammenzuführen, um die Möglichkeit zu eröffnen, zu einer beide Anträge betreffenden, von allen Fraktionen gemeinsam getragenen Beschlussempfehlung zu kommen.*